

Mittelsächsische

LinksWorte

17. November 2011

Nr. 51

5. Jahrgang



Das erste Motiv, welches es bereits zum dritten Male auf die Titelseite unserer Zeitung geschafft hat. Die Burg Rochlitz, auf unserem heutigen Foto rechterseits ergänzt durch die Petrikirche. An dieser Stelle befand sich auch schon vor mehr als 1.000 Jahren ein Vorgängerbau. Der Grund für unser Titelbild: Unsere „Episoden aus der mittelsächsischen Geschichte“ sind mit dieser Ausgabe in der ältesten mittelsächsischen Ansiedlung - zumindest, was die Besiedlung in der Zeit des ostfränkischen Reiches betrifft - zu Gast. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe: Die Berichterstattung von Bundes- und Landesparteitag der LINKEN aus der Sicht von mittelsächsischen Delegierten.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

Berichte von Delegierten:
Im Blickpunkt der Landes- und
Bundesparteitag der LINKEN

Kommunalpolitik aktuell:
Standpunkt der LINKEN zur Ge-
sundheitspolitik in Mittelsachsen

Erneut im Blickpunkt:
Standpunkte zur Landesentwick-
lung. heute: Altenhilfe und -pflege

| | |
|-------|--|
| 2 | editorial & standpunkt |
| 3 | kolumne & titelthema 1 |
| 4/5 | titelthema 1: bundes- und landesparteitag, eindrücke von delegierten |
| 6/7 | titelthema 2: linke kreistagsfraktion zur gesundheitspolitik |
| 8 | titelthema 3: landesentwicklungsplan 2013 (teil 6) Altenhilfe und -pflege |
| 9 | kaleidoskop. die linke gegen rechts |
| 10/11 | unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte (6) rochlitz |
| 11 | kreisvorstand & glückwünsche |
| 12 | termine & mitgliederentscheid |

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der Mitte der 50. Kalenderwoche 2011. Redaktionsschluss ist am Dienstag, dem 06. Dezember.

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
 Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
 Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach,
 Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske
 (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ werden im Internet unter www.links-worte-mittelsachsen.de veröffentlicht. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der „Parteitags-Marathon“ der LINKEN im Herbst 2011 ist absolviert. Nach dem Kreisparteitag im September in Roßwein fanden in den vergangenen vier Wochen der Bundes-Programmparteitag in Erfurt und der Landesparteitag in Bautzen statt. Es ist deshalb logisch, dass die vielfältigsten persönlichen Eindrücke von Delegierten aus unserem Kreisverband zum Bundes- und Landesparteitag diese Ausgabe der „LinksWorte“ bestimmen. All das fassen wir unter dem Titelthema -1- zusammen. Der Bericht zur Arbeit der Kreistagsfraktion der LINKEN (unser Titelthema -2-) beschäftigt sich heute mit der - teilweise - öffentlichen Fraktions-sitzung zur Situation im mittelsächsischen Gesundheitswesen, welche in Oederan stattfand. Drittes Titelthema bleibt, wie seit einigen Monaten, der Standpunkt der LINKS-fraktion im sächsischen Landtag zur 2013 anstehenden Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes aus dem Jahr 2003. Der heutige Beitrag von MdL Jana Pinka ist dem Thema „Altenhilfe und -pflege“ gewidmet. Noch gibt es für DIE LINKE mit dem Mitgliederentscheid im zu Ende gehenden Jahr eine wichtige Aktion zum Abschluss zu bringen. Es geht um einen darum, dass möglichst viele Genossinnen und Genossen teilnehmen, zum anderen aber auch um ein breites Bekenntnis der Mitglieder der LINKEN zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Programms.

Dem aufmerksamen Leser unserer LINKS-Worte wird aufgefallen sein, dass sich unsere jungen Genossinnen und Genossen aus dem Jugendverband solid und der neue stellvertretende Kreisvorsitzende David Rausch zunehmend zu Wort melden. Ein erfreulicher Trend, der auch durch den Kreisparteitag in Roßwein unterstrichen wurde. Diesmal können wir - zumindest vom Bild her - beweisen, dass sich Jessica Brandl und David Rausch auf dem Bundesparteitag durchaus auf Augenhöhe mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine bewegt haben. Übrigens: zum Stichwort David Rausch, inzwischen auch Vorsitzender des Ortsverbandes Geringswalde der LINKEN. Wir berichten in dieser Ausgabe über ein Gerichtsverfahren vor dem Amtsgericht Hainichen, in welchem David Rausch als Zeuge gegen einen Nazi eine wichtige Rolle gespielt hat.

Zum Schluss: Unsere Episoden aus der mittelsächsischen Geschichte sind nach Mittelsachsen zurückgekehrt! Diesmal sind wir in Rochlitz, dessen Burg eine wichtige Rolle bei der Besiedlung unserer Region gespielt hat.

zum neuen Partei-programm

von Ruth Fritzsche

Am Sonntag, dem 23.10.2011, als nach der einstündigen Rede unseres Parteivor-sitzenden, Klaus Ernst, - der ich mit großem Vergnügen zugehört habe - die Abschlussab-stimmung über unser erstes Parteiprogramm der Partei DIE LINKE erfolgte, war ich zuerst aufgeregt und dann natürlich bei dem Ergebnis von 96,9 % Zustimmung war meine Freude ungetrübt. Besser hätte es wirklich nicht kommen können.

Eineinhalb Jahre wurde über dieses Programm in einer großen Breite der Mitgliedschaft disku-tiert und konstruktiv gestritten. Wir in Sachsen und auch unsere Ortsverbände waren daran beteiligt.

Ich finde, dass vor allem die Programmkom-mission und die mehrköpfig strömungsgerecht zusammengesetzte Redaktionskommission bis zur Herausgabe des Leitantes eine hervor-ragende Arbeit geleistet hat. Durch sie und das Suchen nach Kompromissen wurde es mög-lich, dass im Parteivorstand Anfang Juli 2011 37 von 40 anwesenden Parteivorstandsmit-gliedern diesem Leitantes ihre Zustimmung gaben..

Aufgefordert durch einen Brief von Gesine Löttsch an die Mitglieder, die Diskussion über den Inhalt des Parteiprogramms fortzusetzen, kamen 1400 Vorschläge bis zum Beginn des Parteitages am 21.10.2011 zusammen. Als ich das zur Kenntnis nahm, war mir absolut nicht klar, wie die demokratische Behandlung all dieser Vorschläge vonstatten gehen soll. Ich kam jedoch aus dem Staunen nicht heraus. In einer 30-stündigen fleißigen disziplinierten Arbeit der Delegierten - natürlich mit 7-stün-diger Verzögerung - wurde dieses Pensum geschafft. Selbst der Phönix-Reporter lobte die Art und Weise dieser Disziplin.

Für mich ist ganz besonders wichtig, dass wir eine wahrhaft antikapitalistische Partei, eine Partei des Friedens und der Solidarität sind und dass für uns der Demokratische Sozialis-mus

Weg und Ziel ist. Damit kann unser Programm nur ein Linkes sein, was unsere Gegner natür-lich auf den Plan ruft.

Die Herausbildung einer solidarischen Gesell-schaft und die Überwindung der Dominanz des Profits sowie die Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Er-halt der Natur sind dabei von entscheidender Zäsur..

Bis dahin ist noch ein langer Weg. Mit unserem Programm haben wir jedoch als Genossinnen und Genossen ein Mittel in der Hand, um viele Menschen mit unseren Inhalten bekannt zu ma-chen. Dabei kommt es auf jeden von uns an!

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
**unser monatlicher
meinungsbeitrag**

Es findet ein Lehrstück Brechtschen Formates statt. Schade, dass er nicht mehr lebt und es nicht auf die Bühne bringen kann. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung nimmt Anlauf, sich abzuschaffen. Nicht Deutschland schafft sich ab sondern die privatkapitalistische Aneignung. Es werden Wettscheine zur Ware gemacht, denen kein materieller Wert mehr entgegensteht. Und diese Wettscheine werden gehandelt. Teilweise von Hochleistungsrechneranlagen in Bruchteilen von Sekunden verkauft und wieder gekauft. Und selbst dann, wenn die virtuelle Preisveränderung nur einen Cent beträgt. Die Masse und die Geschwindigkeit macht es. Ja, es wird sogar mit Waren gehandelt, die man gar nicht besitzt - die sogenannten Lehrverkäufe. „Walle, walle manche Strecke, daß zum Zwecke Wasser fließe ...“ Wie das ausgeht, lese man im „Zauberlehrling“ von Geheimrath Goethe nach.

Nun wird den Zauberlehrlingen, gleichgültig ob sie Schäuble oder Steinbrück heißen, Angst. Sie verlieren die Kontrolle. Im „Zauberlehrling“ heißt es: „O, du Ausgeburt der Hölle! Soll das ganze Haus ersaufen? Seh´ ich über jede Schwelle doch schon Wasserströme laufen.“ Und „Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister, wird ich nun nicht wieder los.“

Es ist unser Haus, das absäuft. Und der Meister aus dem Gedicht, der die Geister wieder bannt, wird nicht kommen. Lasst sie mit ihrer Krise allein! Wie das? Nun, fangen wir damit an, sie dort zu treffen, wo es ihnen weh tut - beim Geld. Jeder von uns mache es selbst und ziehe sein Erspartes ab von Ackermanns Deutscher Bank, der Commerzbank und alle den anderen Zockerbuden. Und dieses Geld schaffe man zu Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Und werben wir in unserem Lebensumfeld bei Gewerbetreibenden auch dafür. Den Medizinern steht ihre Apotheker- und Ärztebank zur Verfügung. Und fordern wir unsere Partei auf, so wie bei Mindestlohn das Thema „Bankenverstaatlichung, wenn sie Steuergeld brauchen“ und das Thema „Sicherstellung der Sparkassen durch Rückgabe der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast“ ständig öffentlich zu machen. Die anderen werden es schließlich übernehmen müssen. (mm)

Vom Bundes- und Landesparteitag - Delegierte kommen zu Wort

**Bewahren wir uns den
aufrechten Gang**

von David Rausch,
stellvertretender Kreisvorsitzender

Nun endlich haben wir ein Programm, ein Programm, welches imstande ist, die Gesellschaft zu verändern.

Ein Programm, welches sich nicht an Profit und Geld orientiert, sondern am Wert des Menschen. Nun liegt es an uns, unser Programm Schritt für Schritt umzusetzen. Und das nicht hinter verschlossenen Türen, sondern schlichtweg ganz einfach gesagt: überall. Oskar Lafontaine sagte auf dem Bundesparteitag dazu: „... und wenn dich in der Kneipe einer fragt, was, du bist bei der Linken? dann sage ja! und frage ihn: Du noch nicht? Dann wird es aber Zeit!!!“

**Bewahren wir uns
den aufrechten
Gang!!**

Und er hat recht, was gab es in der Vergangenheit für Diskus-

sionen. Ich nenne mal den Kubabrief als ein solches Beispiel. Ich würde mich für Gesine Lötzsch schämen, würde sie Obama einen Geburtstagsbrief schreiben. Ich erinnere alle mal an Guantanamo, oder die Kriege in Irack und Afghanistan, oder Lybien. Und ich bin sicher, dass Herr Obama auch von deutschen Parteien Briefe zum Geburtstag bekommt. Aber für einen Brief an Fidel Castro müssen wir uns nicht rechtfertigen sondern müssen unserer Vorsitzenden den Rücken

stärken.

Treten wir nun also mit einen gemeinsamen Programm in den Wettstreit der Wähler und hören wir auf, uns mit uns selbst zu beschäftigen. Stärken wir uns gemeinsam den Rücken, auch wenn mal Fehler gemacht werden, jetzt geht es darum, Geschichte zu schreiben.

Ändern WIR dieses Land!



**FREIHEIT
WÜRDE
SOLIDARITÄT**

von Angelika
Schubert,
Mitglied des
Landesrates

Unter
obigem
Motto fan-
den sich



Junge Mittelsachsen mit LINKER Politprominenz: Jessica Brandl (Rochlitz) mit Sahra Wagenknecht und David Rausch (Geringswalde) mit Oskar Lafontaine.

über 500 Delegierte in der Messehalle Erfurt ein, um nach 4jährigem Bestehen der Partei DIE LINKE deren erstes Programm zu beschließen. Es lag schon etwas Spannung in der Luft, ob es nach anderthalbjähriger, breitgefächelter Diskussion und redaktioneller Anstrengung nun gelingen wird, dieses Programm erfolgreich zu verabschieden.

Aus den Gesprächen, die man in seinem Umfeld so führte, konnte

man auch diese Gespanntheit, aber immer Optimismus heraushören. Und dann ging es ans Werk. Ca. 1400 Änderungsanträge galt es zu diskutieren und zu entscheiden. Auch die inhaltliche Diskussion und Verständigung durfte nicht zu kurz kommen! Es war aber zu schaffen, weil alle Teilnehmer sich mit großer Disziplin und Zielstrebigkeit den Anforderungen stellten. Mich hat es sehr beeindruckt, wie die jeweilige Tagungsleitung und die Mitglieder der Antragskommission den roten Faden immer kompetent geführt und die

vom bundes- und landesparteitag der linken - delegierte kommen zu wort

Delegierten ihr Stehvermögen unter Beweis stellten, obwohl man in der Tagesordnung nicht so schnell wie eigentlich vorgesehen vorankam.

Wir wurden aber auch gut motiviert durch die Reden unserer beiden Vorsitzenden, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, die große Zustimmung aus dem Saal erhielten. Und wer inzwischen die Beiträge von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine gelesen hat, der kann bestimmt nachvollziehen, dass so ein großer Saal auch mal zum „Kochen“ gebracht werden konnte - natürlich in positiver Hinsicht! Auch viele weitere Beiträge erhielten viel Beifall. Die Gespräche am Rande des Parteitags nutzte ich, um mehr über interessante Aspekte der Parteiarbeit in den verschiedenen Regionen zu erfahren.

Der Höhepunkt war dann erwartungsgemäß der Moment, als die Delegierten mit einer Mehrheit von 96,9% das neue Programm beschlossen hatten. Freude, Erleichterung und auch Stolz waren die dominierenden Gefühle im Saal.

Nun gilt es, die Umsetzung erfolgreich in allen Bereichen der Partei zu organisieren und mit Verstand und Herz mit Leben zu erfüllen.

Der Mitgliederentscheid, der in den folgenden Tagen stattfindet, wird dabei ein sichtbarer Meilenstein sein. Lasst es uns gemeinsam anpacken und damit unser Land, unsere Gesellschaft, Europa und die Welt gerechter und solidarischer zu gestalten.

Das größte Debakel offenbart sich in den Wahlen zu den Gremien. Die Wahlrituale führten zu einer Auswahl nach „Verdiensten“ und nicht nach Eignung. So waren die schriftlichen

steht, dem fehlen die Worte.“ Richtig wäre: „Wir müssen die Menschen davon **überzeugen**, dass sie ihre Lebensverhältnisse nur in Partnerschaft mit DENLINKEN oder in Mitgliedschaft bei DIE LINKE verbessern können.“ Dazu braucht DIE LINKE Genossinnen und Genossen, die die Fähigkeiten und die Persönlichkeitseigenschaften besitzen, um andere überzeugen zu können. Dies spielt sich vorrangig im Lebensumfeld der Menschen und nicht in Plenarsälen ab. Ein überzeugender Schritt in diese Richtung wurde in Erfurt getan. Den Schwung von Erfurt aufzunehmen, hätte dem Landesverband Sachsen mit sei-

Diese unklaren und wirklichkeitsfremden Positionen finden sich in allen Dokumenten, die von der Landesspitze produziert werden. Ich empfehle unseren Mitgliedern, besonders den Mitgliedern der Ortsvorstände den Leit Antrag „DIE LINKE. Sachsen: Die linke Gestaltungspartei in Sachsen – Unser Fahrplan für die Wahlen 2013/2014“ zur Lektüre. Und dann frage sich jeder, wie er damit die Bürgerinnen und Bürger überzeugen soll, ihre Stimmen DENLINKEN zu geben. Meine persönliche Einschätzung ist: Die Führungsqualität der Spitze des Landesverbandes ist eine Zumutung für die Mitglieder, Ehrenamtlichen und für all diejenigen, denen es um unsere Sache geht. Ich frage mich, wie sich das die Delegierten aus den Kreisverbänden gefallen lassen konnten. Man kann nur allen empfehlen, schaut kritischer und gründlicher hin. Es ist unser aller Sache, die abermals gefährdet wird.

Das größte Debakel offenbart sich in den Wahlen zu den Gremien. Die Wahlrituale führten zu einer Auswahl nach „Verdiensten“ und nicht nach Eignung. So waren die schriftlichen



jugendliche mittelsächsische Power zum Bundesparteitag in Erfurt. Jessica Brandl als Gast und die beiden Delegierten David Rausch und Robert Sobolewski

nem Parteitag in Bautzen gelingen sollen. Unter diesem Blickwinkel nun einige Eindrücke vom Landesparteitag. Zunächst zum Thema „Soziales“. Dietmar Pellmann, den all die oben genannten Fähigkeiten und Eigenschaften auszeichnen und der umfangreiche gesellschaftswissenschaftliche Kenntnisse und Lebens- und Praxiserfahrungen nachweisen kann, trägt zu diesem Thema vor. Es ist auch richtig, diesem Standpunkt möglichst mehrere zur Seite zu stellen. Aber dann beginnt es eben wieder mit dem diffusen Unverstandenen und Destruktivem. Anstelle das zunächst Gedachte an der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Gespräch mit den Menschen zu überprüfen, wird durch „Kompromisse“ das gewünschte Unterschiedliche zu „Sozialpolitischen Leitlinien“ zusammengebacken. Zu allem Überfluss werden dann noch diese „Kompromisse“ per Beschluss zur Wahrheit erhoben. Da fällt mir immer wieder das Bonmot ein: „Dummheiten bleiben auch Dummheiten, wenn sie von Mehrheiten beschlossen sind.“

und mündlichen Bewerbungsinhalte in der Mehrheit wenig von einer Begründung geprägt, warum sich der Kandidat für die Funktion, die er anstrebt, geeignet fühlt. Völlig daneben geht es bei den Fürsprachen für die Kandidaten. Da treten „eingeschworene“ Fangemeinden auf. Fähigkeiten, wie oben gefordert, spielten keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn ein Kandidat wie Sven Wöhl „durchfällt“. Sven Wöhl ist Versicherungsvertreter, wohlgeachtet keiner Versicherungs(kapital)gesellschaft sondern eines Vereins auf gegenseitigen Vorteil, also eines Versicherungsunternehmens im gesellschaftlichen Eigentum. Sven Wöhl kommt beruflich mit vielen Menschen zusammen, erreicht im beruflichen Umfeld Bürgerinnen und Bürger, die uns (vielleicht) nicht so nahestehen, und er wirkt überzeugend als Linker. Man fragt sich: Wie kommt es zu solchen Erscheinungen? In allen gesell-

Es sind die Verhältnisse, die wir ändern müssen!

Vom Landesparteitag – mehr eine ausgesprochen kritische Analyse als ein einfacher Bericht

von Michael Matthes

Es beginnt schon mit dem Motto. Ein Bisschen wie Karl Marx (. . . es kommt darauf an, sie zu verändern) und trotzdem unscharf und verwaschen. „Wer die Sache hat, hat das Wort“ dachten die griechischen Philosophen. Oder im Umkehrschluss: „Wer die Sache nicht ver-

vom bundes- und landesparteitag der linken - delegierte kommen zu wort

schaftlichen Bereichen gilt das Gerechtigkeitsprinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seiner Leistung!“ Es gilt auch dort, wo sich Leistung nicht in Zahl und Maß bestimmen lässt sondern nur durch einen subjektiven (Wahl-) Entscheidung. Zu diesen gesellschaftlichen Bereichen zählt auch unsere Partei. Kommt hinzu, dass in diesem gesellschaftlichen Bereich außer ehrenamtliche Engagements auch lukrative Posten vergeben werden, setzt eine Entwicklung ein, die durch folgende Trends gekennzeichnet ist: Es streben Menschen nach diesen Posten, die nicht willens oder fähig sind, sich auf andere Weise diesen materiellen Wohlstand zu verdienen. Mangels Alternativen beginnen sie dann ein System aufzubauen, in dem einer den anderen stützt, z.B. durch gegenseitiges Bescheinigen von „Qualitäten“ und durch gegenseitiges Nachweisen der „Unverzichtbarkeit“ auf den Betroffenen. Und sie schaffen für Ihregleichen Platz, indem sie andere unter Anwendung sehr fragwürdiger Mittel verdrängen. An die Stelle von nachweisbarer Leistung treten dann „Verdienste“ und erzielte „Kompromisse“. Dabei ist es in zunehmendem Maße ein „Verdienst“, Gefolgsmann in einer Strömung zu sein. Die „Kompromisse“ dienen der Selbstbefriedigung und rufen bei den Menschen, die wir erreichen wollen, Desinteresse und in krassen Fällen auch Abscheu hervor. Hält die Tendenz länger an, führt der Vorgang

zum Entstehen einer Nomenklatura und die Partei büßt jede politische Wirkung ein. Wie weit dieser Vorgang im sächsischen Landesverband fortgeschritten ist, möge jeder selbst entscheiden. Der SED hat dieses System den Untergang gebracht.

Man fragt sich weiter: Kann man das verhindern? Ja, und dann stimmt das Parteitagsmotto wieder – „Es sind die

verhindert. Ein Vorschlag, der diesem Anliegen gerecht wurde, wurde am 24. September von Vorstand und Kreisvorsitzenden abgelehnt. Und man braucht ein Auswahlverfahren, das Kandidaten ausschließt, die die Leistungsanforderungen nicht erfüllen. Die üblichen „Scheinleistungen“ sind nicht anzuerkennen.

Die letzte meiner Fragestellungen: Gibt es in unserem Kreisverband derartige Tendenzen? Prompte Antwort: Nein, es gibt sie dank einer kollektiven politischen Grundhaltung nicht. Doch wehret den Anfängen! Auf dem Parteitag kandidierte ich für die Funktion des Stellvertreters und versuchte, meine Kandidatur durch zehn Gründe, die meine Eignung illustrieren, zu unterfüttern. Ich hatte mir keine „Fürsprecher“ organisiert. Nun trat im Namen aller Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes einer auf, der mich der Genossentäuschung bezichtigte und damit meine Glaubwürdigkeit vor den Parteitagsdelegierten aus ganz Sachsen untergrub. Wohlgermerkt, es ging nicht darum, ob ich für die Aufgabe geeignet bin. Es ging um meinen Charakter. Und es ging um eine Angelegenheit, die nur Delegierte aus unserem Landkreis beurteilen können. Zudem hatte ich schriftlich dazu Stellung genommen und die Sache klargestellt, was mir von denen bestätigt wurde, die mich zuvor darauf angesprochen hatten. Trotzdem dieser Auftritt. Dummheit oder persönliche

Animosität können es nicht gewesen sein. Was wohl? Also – wehret den Anfängen!



Schnapschüsse vom Landesparteitag in Bautzen. Blick in den Beratungssaal während der Rede des wiedergewählten Landesvorsitzenden Rico Gebhardt (oben) und Delegierte des Kreisverbandes Mittelsachsen (unten)

ein Wahlverfahren, das den Missbrauch

Verhältnisse, die wir ändern müssen!“ Und wir können das auch. Wir brauchen

ein Wahlverfahren, das den Missbrauch

von Sabine Lauterbach,
Mitarbeiterin der LINKSfraktion im Kreistag

Am 05. Oktober 2011 traf sich die Fraktion in Oederan, um sich über das Thema Gesundheitspolitik des Landkreises Mittelsachsen zu informieren.

Der Landkreis Mittelsachsen hat mehrere kommunale Krankenhäuser, die wiederum Zweigstellen, Medizinische Versorgungszentren u.ä. unterhalten.

Unsere Kreisräte sitzen in folgenden Gremien der kommunalen Gesundheitseinrichtungen:

Marina Morgenstern:

Aufsichtsrat der Vereinigten Gesundheitseinrichtungen Freiberg GmbH

Arndt Scharfenstein:

Aufsichtsrat der Kreiskrankenhaus Freiberg gGmbH

Elgine Tur de la Cruz:

Aufsichtsrat der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH

Als Gäste im nichtöffentlichen Teil waren anwesend:

Landrat **Volker Uhlig**

Geschäftsführer des Kreiskrankenhaus Freiberg gGmbH,

Gunter John

Geschäftsführerin des Landkreis Mittweida

Krankenhaus gGmbH, **Marlies Sedlaczek**

Der zweite Teil der Veranstaltung war öffentlich. Es waren linke Stadt- und Gemeinderäte unseres Landkreises eingeladen. Die Oederaner waren sehr zahlreich vertreten. Leider hat sich der Landrat nicht die Zeit genommen, um den Gästen etwaige Fragen zu beantworten.

Im Vorfeld der Fraktionssitzung wurde folgender Fragekatalog übergeben:

1. Wie ist die stationäre Situation im Landkreis Mittelsachsen. Wird die Versorgung der Bevölkerung für ausreichend betrachtet?
2. Bei Neuniederlassung von beispielsweise Augenärzten ist diesem der Nieder-

lassungsort innerhalb der entsprechenden Region frei gestellt. Wie nimmt das Landratsamt hier Einfluß, damit eine gezielte Niederlassung in dem benötigten Ort geschieht?

3. Es gibt einen Widerspruch zwischen der statistischen Auswertung der KVS (Übersversorgung) und einer gefühlten Unterversorgung gerade bei Orthopäden, Augenärzten, Neurologen und Psychologen. Hier scheint die Rechengrundlage der KVS falsch zu sein. In

durch das Landratsamt

zu 3. in seiner Antwort wurde nur auf die Rolle der KVS eingegangen, Fazit: keine Initiative seitens des LRA

zu 4. keine Antwort

Da die Fraktionssitzung im ersten Teil nicht-öffentlich war, können wir an dieser Stelle nur auf Punkte eingehen, die entweder über das Landratsamt, die Krankenhäuser oder die KVS veröffentlicht wurden.

Zu Beginn der Sitzung informierte der Landrat ausführlich über die demografische Situation im Landkreis Mittelsachsen. Wir müssen in den nächsten Jahren zum einen mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerung, zum anderen mit einem höheren Durchschnittsalter der Bevölkerung rechnen. Dies hat besonders im Gesundheitswesen Folgen. So benötigen ältere Menschen öfters ärztliche Betreuung als jüngere Menschen. Altersbedingte Erkrankungen bedürfen immer öfter einer fachärztlichen Behandlung. Aber gerade die Fachärztesituation bereitet uns Probleme. Der Kreis Mittelsachsen wird nach der Kassenärztlichen



Im wahrsten Sinne des Wortes überragt wird die Stadt Penig von der Stadtkirche „Unser Lieben Frauen Auf Dem Berge“, die im Mai 1515 geweiht wurde und 1539 den ersten reformierten Gottesdienst erlebte.

wie weit kann der Landrat, gemeinsam mit der KVS eine Änderung der Rechengrundlage erwirken?

4. Es gibt eine neue gesetzliche Regelung, die kommunalen Trägern mehr Freiheiten zukommen läßt, um Ärzte in Anstellung (MVZ/Kommunale Praxen) anzusiedeln. Welche Gedanken gibt es dazu im Landkreis Mittelsachsen?

Die Antworten:

Zu 1. wurde an Hand der Präsentationen ausführlich beantwortet

zu 2. antwortet der Landrat, dass die Gemeinden selbst die Initiative ergreifen sollen, und Fachärzte mit Gemeindemitteln unterstützen sollen, kein Einlenken zur Frage einer direkte Einflussnahme

Vereinigung Sachsen (KVS) in die Bereiche Döbeln, Freiberg und Mittweida unterteilt. Laut der KVS gibt es in fast allen Bereichen eine Übersversorgung im Landkreis.

Nun gibt es jedoch eine deutliche Abweichung in Form einer gefühlten Unterversorgung. So kann es sein, dass man mit einer Überweisung zum Facharzt mehrere Monate auf einen Termin warten muss, obwohl laut KVS eine Übersversorgung besteht. Die Berechnungsgrundlagen für die KVS werden durch ein Bundesgesetz geregelt. Für das Jahr 2012 ist eine Überarbeitung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geplant. In diesem 4. Gesetzentwurf soll den Ländern mehr Spielraum eingeräumt werden. Hier müssen wir abwarten, ob es dadurch zu einer Verbesserung für die Bevölkerung kommt.

Kritisch muss auch der hohe Altersdurch-

fortsetzung von seite -6-

von Susann Martin, Freiberg

| Planungsbereich | Anästhesisten | Augenärzte | Chirurgen | Internisten | Frauenärzte | HNO | Hautärzte | Kinderärzte | Nervenärzte | Orthopäden | Radiologen | Urologen | Hausärzte |
|-----------------|---------------|------------|-----------|-------------|-------------|-----|-----------|-------------|-------------|------------|------------|----------|-----------|
| Döbeln | Ü | 1 | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | 1 | Ü | Ü | 0 |
| Freiberg | Ü | 2 | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | 11 |
| Mittweida | 1 | 2 | Ü | 1 | Ü | Ü | 1 | Ü | Ü | Ü | Ü | Ü | 10 |

Versorgungssituation bei Ärzten im Landkreis Mittelsachsen

Quelle: KVS-Mitteilungen
Heft 3/2011

schnitt der Ärzte im Landkreis Mittelsachsen gesehen werden.

Bei den Präsentationen durch Herrn John und Frau Sedlaczek wurde deutlich, dass unsere Krankenhäuser sehr wohl schauen, in welchen Bereichen eine Erweiterung der Kapazitäten sinnvoll ist. Die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser hat hier eine sehr hohe Priorität. Es wurde jedoch auch deutlich, dass durch die demografische Entwicklung in der Zukunft Fachpersonal, insbesondere im Pflegebereich fehlen wird. Ein weiteres Problem ist, das frisch ausgebildete Mediziner sehr oft von der Pharmaindustrie abgeworben werden und gar nicht für den medizinischen Dienst zur Verfügung stehen.

Im öffentlichen Teil der Sitzung wurde auf zwei Schwerpunktthemen eingegangen. Zum einen beschäftigt unsere Bürger die Situation des Frankenberger Krankenhauses. Die Schließungsgerüchte wurden vom Fraktionsvorsitzenden Jens Stahlmann und der Geschäftsführerin des Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH, Marlies Sedlaczek, zurückgewiesen. Auf der Basis einer vertraglichen Regelung mit dem Klinikum Chemnitz beruht noch bis 2013 der Fachbereich Chirurgie. Zum heutigen Zeitpunkt kann man noch nicht sagen, ob diese Zusammenarbeit über diesen Zeitraum hinaus verlängert wird. Um perspektivisch eine Sicherstellung des Fachbereiches Chirurgie in Frankenberg zu erreichen, wird alternativ über den Aufbau eines MVZ Chirurgie für die Weiterführung des Operationsbetriebes nachgedacht. Aber auch in anderen Bereichen wird in den nächsten Jahren in Frankenberg investiert. Somit ist der Standort auf jeden Fall gesichert.

Der Kritik einer anwesenden Bürgerin, hinsichtlich der würdevollen Betreuung von älteren Menschen und dem benötigten und geleisteten Zeitaufwand hat sich Herr John, Geschäftsführer des Kreiskrankenhaus Freiberg gGmbH, angenommen. Mit der Erweiterung des Abteilung Akutgeriatrie wird dieser Entwicklung Rechnung getragen. Auch wird die Fachabteilung Gefäßchirurgie erweitert, um auf den hohen Bedarf eingehen zu können. Derzeit müssen immer noch Patienten nach Chemnitz vermittelt werden. Beide Krankenhäuser wollen auch künftig eng zusammenar-

beiten. Jedoch ist es schwierig Patienten aus dem Raum Mittweida nach Freiberg zu vermitteln, weil gleiche Einrichtungen in Chemnitz doch schneller zu erreichen sind.

Die Fraktion hat den Eindruck, dass die allgemeine Situation der medizinischen Versorgung in unserem Landkreis gut ist. Auf die erforderlichen Veränderungen, vor allem hinsichtlich der demografischen Entwicklung wird eingegangen und es werden Konzepte erarbeitet und umgesetzt. Unsere Krankenhäuser befinden sich im allgemeinen auf einem hohen Niveau und werden ständig den neuen Anforderungen entsprechend erweitert.

Zur öffentlichen Sitzung der LINKSfraktion im mittelsächsischen Kreistag erreichte die Redaktion ein Schreiben, unterzeichnet von **Rita Hillmann**, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Oederaner Stadtrat und **Gert Wittig**, Mitglied des Sprecherrates der Oederaner LINKEN. Wir dokumentieren Auszüge.

Die acht Mitglieder der LINKEN und die drei Sympathisanten, die der Einladung der Fraktion gefolgt waren, wurden nicht enttäuscht. Konnten sie doch nach dem Zusammenschluss der Kreise Freiberg, Mittweida und Döbeln zum Landkreis Mittelsachsen die Kreistagsfraktion kennenlernen. Aus dem Bericht des Fraktionsvorsitzenden **Jens Stahlmann** ging hervor, dass der erhoffte Spareffekt durch die Zusammenlegung bisher nicht eingetreten und die Haushaltslage des Kreises mehr als angespannt ist. Vor allem die freiwilligen Leistungen (wie Kultur und Sport), die das Leben der Bürger bereichern, wären in Gefahr.

Auch die anwesenden Geschäftsführer der Krankenhäuser gaben auf Anfragen der Gäste bereitwillig Auskunft. Sie erklärten auch ihre Bereitschaft zur Unterstützung des im Entstehen begriffenen ersten stationären Hospizes in Oederan. Deutliche Kritik wurde an den Bedingungen bei der Unterbringung der Patienten im Krankenhaus Frankenberg geäußert. Den dortigen Ärzten und Schwerstern wurde gute Arbeit bescheinigt und der Erhalt des Krankenhauses gefordert. Von den Anwesenden wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass die hausärztliche Versorgung in Oederan im Hilfe des Medizinischen Versorgungszentrums gegenwärtig wieder gesichert ist, bis Praxen altersbedingt schließen. Leider ist der Zugang zu Fachärzten weniger positiv zu bewerten.

Am 18.10. durfte ich die Stadtratsfraktion der Freiburger LINKEN ins Tierheim „Albert Schweitzer“ begleiten. Dieser interessante Besuch hat mich erneut darin bestätigt, dass auch wir uns als Linkspartei und sowohl auch als Privatpersonen viel stärker für den Tierschutz einsetzen müssen. Denn jedes Tier dieser Welt hat das Recht auf ein artgerechtes, würdevolles Leben ohne Qual, Leid und Vernachlässigung. Dennoch gibt es immer noch viel zu viele Tiere, die dringend unsere Hilfe brauchen und jeder einzelne von uns kann etwas tun: wer sich z.B. ein Haustier anschaffen möchte, sollte sich zuallererst einmal bewusst machen, dass dies neben all der Freude auch jahrelange Verantwortung und finanzielle Kosten bedeutet. Bevor also ein Tier im Tierheim abgegeben wird, weil es uninteressant, zu teuer und vielleicht gar „lästig“ geworden ist oder ein Tier vielleicht als letzte Konsequenz ausgesetzt und seinem Schicksal überlassen wird, sollte man sich schon vorher genau über Aufwand, Kosten etc. informieren. Gerade zur Weihnachtszeit ist es leider oft üblich, dass Eltern ihren Kindern unüberlegt ein Haustier schenken, ohne darüber nachzudenken, wer sich nach der ersten Euphorie regelmäßig darum kümmert, wie man für Tierarzt-Kosten, die Ausstattung, das Futter usw. aufkommt. Auch hier sei noch einmal gesagt: Tiere sind keine Ware und schon gar keine x-beliebigen Geschenke. Es sind genauso Lebewesen wie wir mit Bedürfnissen, Gefühlen und sie brauchen all unsere Liebe. Ebenso lässt jeder verantwortungsvolle Besitzer seine Tiere rechtzeitig kastrieren, denn wenn dies nicht passiert und sich die Tiere unkontrolliert weitervermehren, entsteht neues Tierleid. Tierzucht ist nur dann wirklich sinnvoll, wenn die Zukunft des Nachwuchses gesichert ist und der Züchter eine gewisse Erfahrung mitbringt. Wer sich kein Tier anschaffen kann oder will, aber trotzdem helfen möchte, hat natürlich die Möglichkeit, an einen seriösen Tierschutzverein zu spenden. Freiwillige Mitarbeiter oder Tierpaten sind überall gerne willkommen. Wer Interesse hat oder sich informieren möchte, kann sich gerne an seinen örtlichen Tierschutzverein wenden. Neben diesen Möglichkeiten etwas Gutes zu tun, darf man sich nicht scheuen, sichtbare Quälerei, die es in den verschiedensten Formen gibt, sofort zu unterbinden und anzuzeigen. Wir dürfen nicht mehr zulassen, dass Tiere wie gefühllose Wegwerfware behandelt und missbraucht werden. Wir alle haben die Verantwortung, uns einzusetzen und den Tieren eine Stimme zu geben. Wir als Linkspartei müssen darum kämpfen, die Einhaltung der Tierschutzgesetze umzusetzen, damit weiteres Tier-Elend verhindert werden kann. Denn jedes Tier ist einzigartig, wunderbar und wertvoll! Bitte helft mit, den Tierschutz aktiv zu unterstützen!



qualifizierte eckpunkte der linken zur fortschreibung des landesentwicklungsplanes 2003 (teil 6)

Auf ihrer dies-jährigen Frühjahrsklausur hat sich die Landtagsfraktion der LINKEN auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit bis zur Halbzeit der Legislaturperiode verständigt.



Dr. Jana Pinka aus Freiberg, Mitglied für DIE LINKEN im sächsischen Landtag, leitet die Arbeitsgruppe „Nachhaltige Landesentwicklung“. Diese hat der Frühjahrsklausur den Entwurf eines qualifizierten Eckpunktepapiers für die 2013 anstehende Fortschreibung des gültigen Landesentwicklungsplans 2003 vorgelegt. Wir dokumentieren im folgenden den Teil 6- ihrer Überlegungen zu diesem Eckwertepapier.

Heutiger Schwerpunkt: Altenhilfe und -pflege

Angesichts des demografischen Wandels – insbesondere der demografischen Alterung durch höhere Anteile älterer als junger Menschen und zunehmende Lebenserwartung, aber auch durch Abwanderung von Pflegekräften – sind im Bereich der Altenhilfe und Pflege in den nächsten Jahren enorme Herausforderungen zu erwarten, teilweise sind die Probleme bereits jetzt deutlich sichtbar. So ist Sachsen bereits heute das Bundesland mit der durchschnittlich ältesten Bevölkerung. Mit einem Durchschnittsalter von 46 Jahren liegt der Freistaat um 3,5 Jahre über dem der Bundesrepublik. Bereits in zehn Jahren werden 30 Prozent der sächsischen Bevölkerung über 65 Jahre, 15 Prozent über 75 Jahre und 4,3 Prozent über 85 Jahre alt sein. In peripheren Regionen Sachsens sind bereits heute noch höhere Anteile älterer Menschen festzustellen. Diese Entwicklung beschleunigt sich zunehmend.

Die demografische Alterung hat auch gravierende Auswirkungen auf den Pflegebereich. So ist die Zahl der Pflegebedürftigen in den letzten Jahren stetig angestiegen und lag Ende 2009 bei offiziell 132.000. Nach vorsichtigen Schätzungen kommen noch ca. 100.000 hinzu, die pflegebedürftig sind, aber keine Leistungen erhalten. Sachsen liegt mit einem Anteil von 34 Prozent von in Heimen betreuten Pflegebedürftigen gegenwärtig über dem

Bundesdurchschnitt. 40 Prozent werden in Sachsen ohne professionelle Hilfe gepflegt (Bund: 46 Prozent). Von den 48.000 professionellen Pflegekräften sind lediglich noch 28 Prozent in Vollzeit tätig. Der Fachkräfteanteil ist rückläufig. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2025 um mindestens 50 Prozent ansteigen.

Hinsichtlich der Trägerlandschaft in der Pflege muss festgestellt werden, dass sich diese gravierend verändert hat. In dem Maße, wie sich kommunale Träger zurück zogen, traten Privatanbieter in den Vordergrund. Die Staatsregierung überließ die Entwicklung dem Selbstlauf, indem sich der Freistaat immer mehr aus seiner Verantwortung entzog und Leistungsanbietern sowie Kostenträgern das Feld überließ, ohne steuernd einzugreifen. Staatliche Qualitätskontrollen werden immer mehr zur Ausnahme statt zur Regel.

Negative demografische Entwicklungen sind Begleiterscheinungen von wirtschaftlicher Strukturschwäche, die sich auch in vergleichsweise niedrigen Einkommen während der Erwerbsphase und später mit erheblichen Auswirkungen auf die Alterseinkünfte äußern. Während in Sachsen die Altersarmut heute noch unterhalb der allgemeinen Armutsquote liegt, wird sich dies in den nächsten Jahren schlagartig ändern, so dass immer mehr Ältere auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sein werden. Fast ein Viertel der in Heimen Betreuten ist bereits jetzt zur Deckung der Kosten auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Das ist gegenüber 2001 eine Verdopplung und belegt, dass Altersarmut zunimmt. Im Freistaat gibt es allerdings derzeit weder ein Konzept zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels noch zur Eindämmung von Altersarmut.

Grundsätzlich haben ältere Menschen – unabhängig vom Pflegebedarf – das Recht auf selbst bestimmtes Leben in vertrautem Wohnumfeld und bei gesicherter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aufgrund ihrer geringeren Mobilität ist für sie eine gut ausgebaute, wohnungsnah Infrastruktur (Handel, ÖPNV, medizinische Versorgung) von wesentlich größerer Bedeutung als für Jüngere. Sie haben das Recht auf professionelle und bezahlbare Hilfe zur Bewältigung des Alltags.

Das Ziel besteht also darin, Altenhilfe und -pflege so zu organisieren, dass diese sowohl personenzentriert, d. h. für die Betroffenen individuell passend, als auch

kostenbewusst und ökonomisch sinnvoll ist. Dies ist kein Widerspruch, da gewöhnlich ein großes Bedürfnis besteht, lange selbstständig zu sein und sich gegenseitig zu unterstützen.

Empfehlungen:

1. Für die Gestaltung von Altenhilfe und Pflege in Sachsen sollten die Prämissen gelten: i) Wohnortnähe, ii) Gewährleistung würdevoller Selbstbestimmtheit der Einzelnen und iii) ambulant vor stationär.
2. Insgesamt muss der Freistaat seiner Verantwortung besser gerecht werden, da die Probleme nicht an den Grenzen von Kommunen oder Kreisen aufhören. Es bedeutet auch, dass Altenhilfe und Pflege einen wesentlich höheren gesellschaftlichen Stellenwert und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung erhalten müssen, z. B. sind Existenzsichernde Löhne für das Pflegepersonal und eine bessere Anerkennung der Leistungen pflegender Angehöriger nötig.
3. In Sachsen muss ein Konzept zur Mitwirkung, Interessenvertretung und Unterstützung für ältere Menschen erstellt werden, das auch die höheren finanziellen Bedarfe demografisch besonders gefährdeter Regionen ausweist. Dort sind die Versorgungsleistungen für ältere Menschen besonders zu fördern, damit die notwendigen Angebote vorgehalten werden können. Zu verbessern sind in diesem Zusammenhang auch die Rahmenbedingungen für die deren selbsttätige Interessenwahrnehmung und für das bürgerschaftliche Engagement.
4. Sofort notwendig ist eine Landesbedarfsplanung in der Pflege, welche die vorhandenen und die prognostizierten Bedarfe berücksichtigt. In dieser ist auch die Schaffung zusätzlicher stationärer Kapazitäten und deren staatliche Förderung vorzusehen, wobei kommunalen (nicht-privaten) Trägern der Vorrang eingeräumt werden muss, um deren Anteil erheblich zu erhöhen. Wesentlich stärker als bisher sind solche Hilfeformen wie betreutes Wohnen, Tages- und Kurzzeitpflege sowie Mehrgenerationen(wohn)häuser zu unterstützen. Es bedarf zudem gesetzlicher Regelungen mit verbindlichen Qualitätsstandards für alle Pflege- und Betreuungsformen.

bei anderen gelesen, diesmal in der „freien presse“

von Marion Gründler,
veröffentlicht in der „Freien Presse“
am 3. November

Hetzaktion kostet nur 400 Euro

Zwei Geringswalder mussten sich vor dem
Amtsgericht Hainichen verantworten

Geringswalde/Hainichen. Weil sie im Sommer 2010 gefälschte Flugblätter in Geringswalde verteilt hatten, standen jetzt ein Mann und eine Frau vor dem Hainichener Amtsgerichts. Das Urteil, das Richter Christoph Kuhn am Mittwochabend fällte, fiel milde aus. Der Angeklagte, der seinerzeit der rechten Szene nahe stand, muss lediglich 400 Euro Strafe zahlen und die Verfahrenskosten tragen, seine damalige Freundin wurde freigesprochen. Damit blieb der Richter hinter der Forderung der Staatsanwaltschaft zurück (1800 bzw. 1360 Euro Strafe).

Als Ende Juli 2010 in Geringswalde Flugblätter mit den Logos der Linkspartei und deren Jugendorganisation „Solid“ auftauchten, schlugen die Wellen in der Stadt ob des Inhalts hoch. Im Text wurden der Staat und seine Ämter als Faschisten beschimpft, weiter darin aufgefordert, Bürgermeister und Ordnungsamt, die als Nazis bezeichnet wurden, zu verjagen. Sätze wie „Deutsch sein bedeutet Krieg und Terror“ waren zu lesen.

Für die Unterzeichnung des Pamphlets hatte man die Namen von Linken-Stadtrat David Rausch und Solid-Mitglied Andy Naarmann benutzt. Als Ansprechpartner für eine Veranstaltung, die auf dem Flyer mit angekündigt wurde, war der Fraktionsführer der Linken im Stadtrat, Werner Stephan, ins Spiel gebracht worden.

In der mehr als zweistündigen Verhandlung hüllte sich der Angeklagte in Schweigen. Die junge Frau, die die Flugschriften mit verteilt hatte, wusste angeblich von nichts. „Ich hatte keine Ahnung, was ich da in die Briefkästen stecke. Es hätte sich genauso gut um Werbezettel handeln können“, verteidigte sie sich. Auf Nachfrage des Richters, wie sie eine Beziehung zu dem Mann habe unterhalten können, ohne seine Gesinnung zu hinterfragen, reagierte sie unschlüssig. „Ich wusste zwar, dass mein damaliger Freund eher rechts steht, aber wie weit er damit geht, war mir nicht klar.“

Diese Unschuldsbekundung nahm ihr

Staatsanwältin Christin Kinder, nicht ab. Die Verwendung von Symbolen von Linkspartei und Antifa durch jemanden, dessen rechte Gesinnung bekannt war, hätte selbst bei größter Naivität aufrütteln müssen. „Die Opfer, denen das Flugblatt in die Schuhe geschoben werden sollte, standen unter großem Rechtfertigungszwang“, sagte Kinder. Für Kay Estel, den Anwalt der Nebenkläger Rausch und Naarmann, ist die Sache nicht ausgestanden. „Neben der Gefahr des erheblichen Ansehensverlustes meiner Mandanten stehen beide nach wie vor als Beschuldigte im polizeilichen Auskunftssystem.“

Martin Kohlmann, Verteidiger der beiden Angeklagten und selbst ein dem rechten Spektrum zuzuordnender Chemnitzer Lokalpolitiker, wies die Vorwürfe zurück. „Ich sehe die Beschuldigungen als nicht gegeben an. Und wer mit der Antifa zusammenarbeitet, muss damit rechnen, dass man hinterfragt“, sagte er.

Für den Geringswalder Linksfraktionsführer Werner Stephan sind Angriffe gegen seine Partei nichts Neues. So seien in seinem Wohnumfeld schon Fensterscheiben und Teile der Beleuchtung zu Bruch gegangen. Das geringe Strafmaß findet der 75-Jährige „mehr als befremdlich“. Katrin Dietze, Leiterin der Extremismusbekämpfung im Landkreis, hatte die Verhandlung mitverfolgt. Die Straftat reihe sich landkreisweit in Fälle von politisch gefärbten Schmierereien ein, die immer dann auftreten würden, wenn linke oder rechte Gruppierungen Aktionen planten.

eine Anmerkung zur Verhandlung
vor dem Amtsgericht Hainichen
von Hans Weiske

Ich habe - gemeinsam mit einer größeren Gruppe LINKER - am Prozess gegen den Nazi teilgenommen. Befremdlich sind für mich nicht nur die lächerliche Höhe des Strafmaßes, sondern auch die Art und Weise, wie „der dem rechten Spektrum zuzuordnende Chemnitzer Lokalpolitiker“, Rechtsanwalt Martin Kohlmann versuchte, von rechts abzulenken und den linken Jugendverband solid und seine Vertreter in eine linksextreme Ecke zu stellen. Erfreulich andererseits, wie die vier jungen Leute von solid ihren Mann standen. Während sie von Kohlmann immer wieder der Zusammenarbeit mit der „Antifa“ bezichtigt wurden und sich rechtfertigen sollten, musste der angeklagte Nazi außer den Angaben zur Person kein Wort über seine Lippen bringen. Also doch die auf einem Auge blinde Justitia?

eine weitere Anmerkung der Redaktion:

Von der Journalistin Marion Gründler sind in der entsprechenden Lokalausgabe „Rochlitz und Geringswalde“ der „Freien Presse“ auch die Beiträge „Jugendliche fordern mehr Mitsprache“ und „Wir kämpfen für mehr Volksentscheide“ veröffentlicht worden. Grundlage dafür bildete ein ausführliches Interview am 27. Oktober mit dem solid-Vorsitzenden Robert Soboewski. Darin fordert dieser u.a. ein Jugendparlament für Geringswalde.



Stellen wir uns mal vor, es sei Revolution und keiner geht hin...

von Peter Zimmermann, Freiberg

Alljährlich nutzen am 7. Oktober, dem Tag der Bombardierung Freibergs im 2. Weltkrieg, auch Demonstranten aus der rechten Szene die Gunst der Stunde. Geschichtsfälschung und wissentliche Nichtbeachtung von Ursache und Wirkung dieser Ereignisse in Freiberg sind nur zwei Aspekte, die demzufolge auch andere demokratische Kräfte auf den Plan rufen, um diesem Ereignis zu gedenken. Organisiert von der Initiative Wir sind Freiberg fanden in diesem Jahr mehrere Aktionen im Bereich der Freiburger Bahnhofsvorstadt statt. Ob nun Vertreter der Stadtverwaltung, der Uni oder anderer Vereine, es wurde Flagge gezeigt. Wer sich nun das Bild in der Freien Presse vom Sonnabend danach angesehen hat, dem wird sicherlich aufgefallen sein, dass fast niemand von den gesellschaftlichen Kräften, die sich eigentlich den Antifaschismus auf die Fahnen geschrieben haben zu sehen war. Auch von uns Linken nicht, und das kann und darf nicht sein. Vielleicht sollten wir uns langfristig solche Termine ganz fett in den Kalender schreiben, damit uns das nicht wieder passiert. Wir können und dürfen nicht denen das Feld überlassen, die direkt oder indirekt durch ihre Politik dafür verantwortlich sind, das die rechte Szene so provokant auftreten kann.

teil 6: die „wiege des mittelsächsischen raumes“, burg und städtchen rochlitz



Heute begeben wir uns auf „Episodensuche“ nach Rochlitz. Damit sind wir - gestartet in der Lommatzcher Pflege und auf der Burg Meissen sowie nach Besuchen in Merseburg, Zeitz und Altenburg bei den Nachbarn aus Thüringen bzw. Sachsen-Anhalt - wieder in Sachsen angekommen. Besser gesagt, im mittelsächsischen Raum, wobei dieser nicht auf den Landkreis Mittelsachsen begrenzt ist. Wobei wir noch mehrmals zu „Grenzgängern“ werden, denn das System der alten Burgwarte in der Region umfasste an Zwickauer und Freiburger Mulde sowie Zschopau neben Leisnig und Döbeln auch Colditz. Später entstanden wichtige Ansiedlungen im nördlichen Teil des mittelsächsischen Raumes u.a. in Lausick (heute Bad Lausick), Freiberg, Roßwein und Nossen.

Rochlitz hat ca. 6.200 Einwohner und war in der DDR die kleinste Kreisstadt im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Aber mit dem VEB Elektroschaltgeräte, dem VEB Stern Radio und dem VEB Orsta-Hydraulik hatte es drei Großbetriebe. Auch die Zeit als Eisenbahnknoten ist längst vorbei, der ehemalige Bahnhof gammelt vor sich hin.

Die Burg Rochlitz - ein Geschenk für die Gemahlin des deutschen Königs Heinrich I.

Die deutsche Besiedlung in unserem Raum hatte ihren Ausgangspunkt in den Feldzügen König Heinrich I. in die slawischen Siedlungsgebiete, in deren Ergebnis er im Jahr 929 die mächtige Burg Meissen errichten ließ. Schritt für Schritt entstanden weitere Burgwarte, vor allem an den Flüssen. Zu den ältesten von ihnen gehören Burg Mildestein in Leisnig sowie die ehemaligen Burgwarte und heutigen Schlösser in Colditz und Rochlitz. Wir wissen davon, da Kaiser Heinrich III. im Jahr 1046 seiner Gemahlin Agnes diese drei Burgwarte in einer Schenkungsurkunde vermachte. Während Colditz und Leisnig mit dieser Urkunde erstmals ins Licht der Geschichte traten, geht die Geschichte der Burg Rochlitz weiter zurück.

Kurze Geschichte der Burg Rochlitz, älteste im mittelsächsischen Raum

Schon zu slawischen Zeiten bildete an der Stelle des heutigen Schlosses ein Burgwall den Mittelpunkt eines slawischen Kleingaus. In der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts erfolgte hier die Errichtung eines Burgwards, dessen Mittelpunkt die Burg Rochlitz bildete. Um 1.000 gelangte die Burganlage Rochlitz und ihr Umland in den Besitz des Markgrafen Ekkehard von Meißen, kamen aber 1046 wieder an das Reich.

Die St-Petrikirche wurde als Missions- und Pfarrkirche für den gesamten Burgward vom Merseburger Bistum - zu dem gehörte die Burg - noch vor 981 gegründet. Sie befand sich im Bereich der östlichen Vorburg. Im Jahr 985 wird dieses Gebiet in einer Urkunde von Kaiser Otto III. erstmals schriftlich erwähnt, als das Merseburger Bistum aufgelöst und die Zwickauer Mulde zur Grenze zwischen den Bistümern Naumburg und Meißen bestimmt wurde.

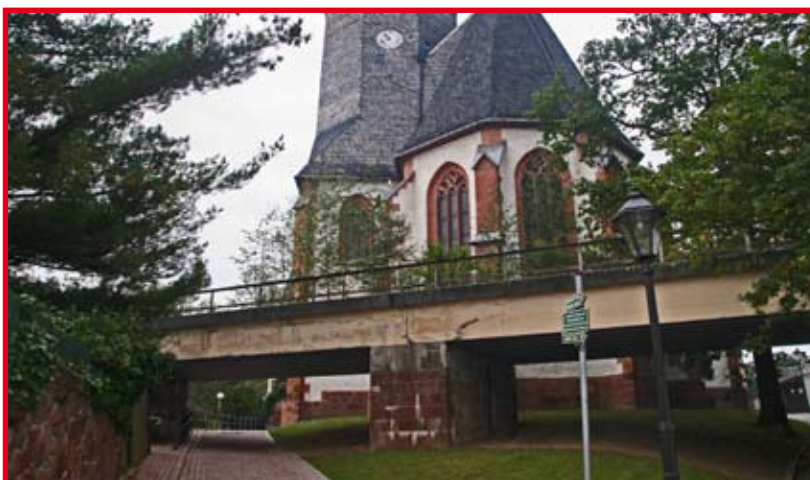
Das genaue Datum der Errichtung der deutschen Burg Rochlitz im Bereich eines ehemaligen slawischen Burgwalls liegt also im Dunkel der Geschichte. Sie dürfte aber die älteste im mittelsächsischen Raum sein. Ein Eintrag in der berühmten Chronik des Bischofs Thetmar von Merseburg aus dem Jahr 1009 ist die älteste schriftliche Erwähnung der Burg. In der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts entwickelte sich Rochlitz zu einer bedeutenden Reichsburg der Salier, für die wenigstens zwei Kaiser- bzw. Königsaufenthalte belegt sind. Kein Vergleich allerdings zur Barbarossastadt Altenburg oder gar zu Quedlinburg in der Zeit der Ottonen.



Rochlitz fällt an die Wettiner

Sicherlich das geschichtlich bedeutsamste Jahr in der Geschichte von Burg und Land Rochlitz war das Jahr 1143 - übrigens auch das Jahr der ersten schriftlichen Erwähnung des Klosters Chemnitz, der Keimzelle der späteren Stadtgründung. In diesem Jahr erhielt Markgraf Konrad I. von Meißen (der später als „Konrad der Große“, zum Stammvater des sächsischen Königshauses gemacht wurde und den Fürstentum der Wettiner am Dresdner Schloss anführt) die Burg und das Land Rochlitz als Schenkung des deutschen Königs Konrad III. Damit geriet die Burg vom Reich an das Haus Wettin, wo sie bis 1918 verblieb.

Konrad I. legte Ende des Jahres 1156 symbolisch seine Herrschaftsinsignien ab und begab sich zum Petersberg bei Halle, wo er als Laienbruder



Das Rathaus von Rochlitz (oben) und die Petrikirche unweit der Burg (unten). An dieser Stelle stand bereits vor 985 ein Vorgängerbau.

kreisvorstand aktuell

(Redaktion) Der Kreisvorstand der mittelsächsischen LINKEN kam erst am 14. November - und damit nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Zu wichtigen Weichenstellungen hatte er sich schon am 10. Oktober zur Konstituierung (die LinksWorte berichteten in ihrer Oktoberausgabe) verständigt.

Wie bereits informiert, will der Kreisvorsitzende Falk Neubert künftig jeweils einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Tagesordnung des Kreisvorstandes setzen und viele Detailfragen bereits in Beratungen des geschäftsführenden Kreisvorstandes klären.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Beratung am 14. November ist die **Entwicklung des Kreisverbandes bis in das Jahr 2016 unter Beachtung des effektiven Einsatzes der finanziellen Mittel für die politische Arbeit.**

Dazu gibt es eine ausführliche Einschätzung des Schatzmeisters, der neben Analysen zum Einsatz der finanziellen Mittel auch den Finanzplan-Entwurf für das Jahr 2012 und die voraussichtliche Entwicklung des Mitteleinsatzes in den Jahren 2013 bis 2016 vorlegt, wobei zu beachten ist, dass ab Herbst 2013 Wahlen auf allen Ebenen - vom Bundestag bis zu den Bürgermeistern, Gemeinde- und Ortschaftsräten anstehen.

Weiterhin stehen auf der Tagesordnung des Kreisvorstandes die Auswertung des Bundes- und Landesparteitages der LINKEN und die Vorbereitung des Mitgliederentscheids zum Parteiprogramm. (dazu auch Details in dieser Ausgabe). Informiert wird der Kreisvorstand über den Kommunalpolitischen Tag in Mittelsachsen am 3. Dezember in Siebenlehn sowie den Besuch bei unseren beiden Landtagsabgeordneten Jana Pinka und Falk Neubert im Dresdner Landtag.

zum Schmunzeln

Verschiebe nicht auf morgen, was genau - sogut auf übermorgen verschoben werden kann.

Mark Twain

Warum haben es nur zu allen Zeiten Schriftsteller, die Literatur machen, so schwer und Schriftsteller, die keine Literatur machen, so leicht.

Horst Drescher

Niemand auf der Welt bekommt so viel dummes Zeug zu hören wie die Bilder in einem Museum.

Jules de Concourt

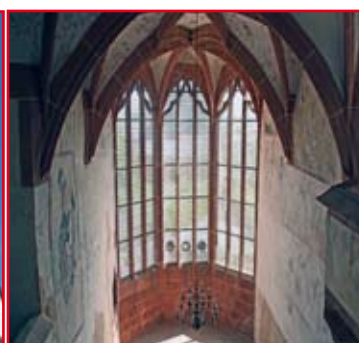
unsere jubilarer

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

Im Monat Dezember 2011 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



| | | | | |
|---------------------|---------|-------------|----|-------------|
| Ursula Heintze | geb. am | 01.12.1929, | in | Döbeln |
| Ruth Fritzsche | geb. am | 01.12.1926, | in | Freiberg |
| Ruth Birndt | geb. am | 02.12.1931, | in | Freiberg |
| Wolfgang Rieß | geb. am | 02.12.1941, | in | Waldheim |
| Herbert Hänel | geb. am | 03.12.1924, | in | Freiberg |
| Gunter Bertram | geb. am | 06.12.1941, | in | Langenau |
| Luise Matthes | geb. am | 13.12.1920, | in | Weißborn |
| Herta Opitz | geb. am | 13.12.1913, | in | Penig |
| Anni Drechsel | geb. am | 16.12.1929, | in | Flöha |
| Margarete Semper | geb. am | 16.12.1924, | in | Penig |
| Gertraud Heinrich | geb. am | 16.12.1926, | in | Waldheim |
| Elsbeth Uhlig | geb. am | 16.12.1925, | in | Flöha |
| Irmgard Junghannß | geb. am | 16.12.1922, | in | Burgstädt |
| Else Fischer | geb. am | 17.12.1909, | in | Freiberg |
| Ilse Fehlisch | geb. am | 17.12.1919, | in | Freiberg |
| Werner Hoffmann | geb. am | 17.12.1936, | in | Burgstädt |
| Erika Fell | geb. am | 22.12.1941, | in | Rochlitz |
| Otto Lorenz | geb. am | 22.12.1919, | in | Lunzenau |
| Lutz Preußer | geb. am | 23.12.1951, | in | Waldheim |
| Gottfried Richter | geb. am | 26.12.1929, | in | Erlau |
| Hildegard Hentze | geb. am | 26.12.1925, | in | Leisnig |
| Doris Proksch | geb. am | 27.12.1927, | in | Frankenberg |
| Walter Kunze | geb. am | 28.12.1922, | in | Hartha |
| Waltraud Fischer | geb. am | 28.12.1929, | in | Döbeln |
| Elisabeth Steinhoff | geb. am | 28.12.1924, | in | Roßwein |
| Alfred Deierlein | geb. am | 29.12.1931, | in | Flöha |



Die Stadtkirche St. Kunigunde - Kern der um 1200 gegründeten mittelalterlichen Stadt (links) - sowie Erker und Altar im Schloss Rochlitz.



in das von ihm geschaffene Kloster eintrat. Wenige Wochen darauf verstarb er. Bereits vorher hatte er alle seine Ämter und Herrschaftsrechte unter seinen fünf Söhnen verteilt. Der älteste von ihnen, der spätere Otto der Reiche und Stadtgründer von Freiberg, wurde Markgraf von Meißen. Dedo V. („der Feiste“) - der dritte Sohn Konrads - wurde Graf von Groitzsch und Rochlitz. Dedo kümmert sich intensiv um den Auf- und Ausbau seiner Grafschaft. Um 1200 wurde - wahrscheinlich

durch Dedo V. - die eigentliche Stadt Rochlitz mit der Stadtkirche St. Kunigunde gegründet, nachdem vorher bereits eine Markt- und Kaufmannssiedlung im Schutz der Burg, im Gebiet des heutigen Mühlplatzes, existiert hatte. Im Jahr 1210 starb die Rochlitzer Linie aus und Rochlitz fiel an die Meißenner Wettiner zurück. Erste urkundliche Erwähnung fand die Stadt Rochlitz selbst erst im Jahre 1336, das erste Stadtsiegel datiert aus dem Jahre 1364. (hw)

Terminvorschau

November 2011:

22. November 18 Uhr BürgerInnenforum „Kultur“
Eine Veranstaltung des Bündnisses für ein soziales Sachsen
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Treibhaus e.V. Döbeln, Bahnhofstraße 56

Dezember 2011:

03. Dezember Großdemonstration in Bonn gegen den Krieg und für Frieden
in Afghanistan

03. Dezember 10 Uhr Kommunalpolitischer Tag des kommunalpolitischen
Forums Sachsen; Hotel „Schwarzes Roß“ Siebenlehn

05. Dezember 17 Uhr Besuch im Landtag bei den MdL Jana Pinka und Falk Neubert

12. Dezember 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41

15. Dezember 18 Uhr Abschluss des Mitgliederentscheids zum Parteiprogramm
der LINKEN

Einladung in den Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten Dr. Jana Pinka und ich Euch ganz herzlich für Montag, den 5. Dezember 2011, zu einem Besuch des Landtages mit einer Führung sowie anschließender Gesprächsrunde einladen.

Treff ist um 17 Uhr in Dresden vor dem Landtag, wo der Rundgang durch den Landtag startet.

Um 18 Uhr laden wir Euch dann zu einem gemeinsamen Abendessen im Restaurant Chiaveri ein. Dort werden wir auch den Raum

haben, auf aktuelle politische Diskussionen einzugehen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Rückmeldungen bitte bis spätestens 28. November über Sabine Pester (0173-7541013 / 03727-659170 / mittweida@falk-neubert.de). Bitte gebt dabei Eure Telefonnummer und Adresse an, damit wir Euch erreichen können, um Eure Teilnahme zu bestätigen bzw. Euch zu informieren, wenn sich im Ablauf noch etwas ändern sollte. Die TeilnehmerInnenzahl ist auf 25 begrenzt. Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Mit sozialistischen Grüßen

Jana Pinka und Falk Neubert



Am 26. Oktober war der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag, Jens Stahlmann, zu Gast in Rochlitz, wo er vor ca. 30 Genossen zur aktuellen Entwicklung im Landkreis sprach. Er offenbarte unter anderem einen Fehlbetrag im Kreishaushalt von über 30 Millionen Euro, da sei zu befürchten, dass auch die Kreisumlage wieder steigen wird. Stahlmann sprach auch zu Optionsmodell (DL) oder Arge (FG, MW).

**Deine Stimme
für unser Parteiprogramm!
Mitgliederentscheid 2011**

Abstimmen bis zum 15. Dezember
Informationen unter
Telefon: 030/240 09 237
Fax: 030/240 09 777
mitgliederentscheid@die-linke.de

**mitbestimmen.
Entscheidet
über euer
Programm!**

Zum Mitgliederentscheid zum Parteiprogramm

von Ruth Fritzsche, Freiberg

Nachdem nun auf dem Bundesparteitag unser Programm erfolgreich verabschiedet wurde, geht es nun um den Mitgliederentscheid, mit dem wir auch ein sehr große Zustimmung erzielen wollen. Also ist größtmögliche Unterstützung durch jedes Mitglied notwendig.

Der Versand der Abstimmungsunterlagen von Berlin aus beginnt am 14. November. Diese enthalten das Parteiprogramm und die entsprechende Frage zur Zustimmung zum Parteiprogramm. Sollten die Unterlagen bis zum 20. November bei den GenossInnen nicht angekommen sein, dann ist die Kreisgeschäftsstelle in Freiberg, Roter Weg zu informieren, damit wir die Landesgeschäftsstelle davon unterrichten können, um dort das weitere zu veranlassen.

Im Sinne der Kosteneinsparung bitten wir, dass so viele Unterlagen wie möglich bis zum 9. Dezember durch die Ortsvorstände eingesammelt werden und möglichst kontinuierlich evtl. auch über die Kreisgeschäftsstelle in Freiberg an die Landesgeschäftsstelle abgegeben werden, wo eine Registrierung erfolgt.

Ab 9. Dezember jedoch ist eine Sammlung nicht mehr sinnvoll. Die Unterlagen sind dann direkt und sofort an die Landesgeschäftsstelle in dem dafür vorgesehenen Umschlag zu senden. Es geht darum, dass in den verbleibenden Tagen bis zum 15. Dezember, 18 Uhr, noch so viele Stimmen wie möglich auf den Weg gebracht werden.

Die Auszählung erfolgt länderspezifisch am 18.12.2011 im Karl-Liebknecht-Haus.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen

**Hilde Jonack aus Burgstädt
Rudi Foehn aus Augustusburg
Elise Schreiber aus Falkenau**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.